

**Protokoll**

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 10. März 2008

**Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.**

**13. Sitzung vom Montag, 10. März 2008, 19.00 bis 21.40 Uhr, im reformierten  
Kirchgemeindehaus**

<b>Anwesend:</b>	<b>Gemeinderat</b> 28 Mitglieder
	<b>Stadtrat</b> Walter Baur Walter Bosshard, Stadtpräsident Mark Eberli Hanni Guyer Hanspeter Lienhart (ab Traktandum 4) Max Nievergelt Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.
<b>Entschuldigt:</b>	Jürg Hintermeister, Stadtrat Christian Mühlethaler, Stadtschreiber
<b>Vorsitz:</b>	bis Traktandum 2a): Jürg Rothenberger ab Traktandum 2b): Stefan Schnegg
<b>Protokoll:</b>	Severine Schwarz, Ratssekretärin-Stv.
<b>Weibeldienst:</b>	Gino Taiana, Stadtweibel

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung.

**Traktandenliste**

Traktandum 3 (Postulat Matthias Schwank) wird infolge einer Terminüberschneidung von Stadtrat Hanspeter Lienhart an den Schluss der ordentlichen Geschäfte gestellt und folgt als Traktandum 6. Im Übrigen werden gegen die rechtzeitig zugestellte Traktandenliste keine Einwände erhoben.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:

### Traktandenliste:

1. Protokoll der Sitzung vom 17. Dezember 2007
2. Wahlen
  - a) Präsident/in des Gemeinderates
  - b) 1. Vizepräsident/in
  - c) 2. Vizepräsident/in
  - d) 3 Stimmzähler/innen
  - e) Wahl in Fachkommission
3. Alterspflege- und Kinderbetreuungsplätze an der Gringglenstrasse 21 in Bülach – jährlich wiederkehrender Kredit von maximal Fr. 188'000.-
4. Zusatzkredit von Fr. 53'500.- für Projektierungskosten "Nachhaltigkeit" Erneuerung Rössligasse
5. Bauabrechnung Sanierung Witenwissenstrasse
6. Postulat Matthias Schwank betr. Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden – Antwort des Stadtrats
7. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
8. Diverses

### Eingang von persönlichen Vorstössen

Motion Frédéric Clerc und Mitunterzeichner vom 7. März 2008 betr. Systemwechsel Kinderbetreuungsplätze. Wortlaut: „Der Stadtrat wird beauftragt die Möglichkeiten für einen Systemwechsel von Objekt- zu Subjektfinanzierung bei der gesamten Kinderbetreuung zu prüfen. Das Konzept muss eine Zusammenarbeit mit diversen Trägerschaften, wie Private, Vereine, Kirchen usw. ermöglichen, sowie die Kinderbetreuung inkl. Hort, Mittagstisch oder ähnliche Angebote umfassen.“

Motion Jürg Rothenberger und Mitunterzeichner vom 10. März 2008 betr. ganzheitlichen Konzepts für die Betreuung im Alter. Wortlaut: „Der Stadtrat wird aufgefordert, ein ganzheitliches Konzept für die Betreuung im Alter zu erstellen. Dabei sind die gesetzlichen Grundlagen (gemäss neuem Gesundheitsgesetz) sowie moderne Aspekte der Pflege und Therapie zu berücksichtigen. Der Ausschöpfung von Synergiepotentialen ist vor allem m Infrastrukturbereich verstärkt Rechnung zu tragen.“



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

Gestützt auf Art. 48 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates werden die Motionen zur Behandlung auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

Traktandum 1

### **Protokoll der Sitzung 17. Dezember 2007**

---

Das Protokoll der Sitzung vom 17. Dezember 2007 wird einstimmig genehmigt.

Traktandum 2

### **Wahlen**

---

#### **a) Präsident/in des Gemeinderates**

**Der Vorsitzende** beschliesst sein Präsidialjahr mit folgenden Worten:

„Auch ich – meine Damen und Herren – habe eine kleine Schlussrede zu halten, so verlangt es zumindest die Tradition.

Eigentlich könnte ich einfach sagen:“ Sie haben ihre Sache gut gemacht, Sie waren fleissig, ich bin mit euch zufrieden – und dann unkonventionell vom Bock steigen und an meinen Platz zurückgehen. Aber ganz sooo einfach mache ich mir die Sache dann doch wieder nicht. Sie wird aber sicher nicht mehr so lang wie die Antrittsrede.

In Fortsetzung meiner Antrittsrede darf ich heute aber feststellen, dass wir eigentlich zurückkehren können zum „business as usual“: Es freut mich sehr, dass sich Heinz Kousz wieder gut erholt hat und dass Stefan Schnegg seine Weiterbildung mit Erfolg abschliessen konnte. Ich meinerseits darf jetzt den „parlamentarischen Maulkorb“ abziehen und wieder zurück ins Plenum – dorthin wo gilt: Reden ist Silber und Schweigen ist Blech.

Ziehe ich Bilanz über mein Präsidialjahr, so stelle ich ernüchert fest, dass ich – neben zahlreichen anderen Sitzungen und Besprechungen – vor allem 8 Bürositzungen und 6 Parlamentssitzungen geleitet habe. Ich habe mir die Mühe erspart, die Ratsprotokolle zu durchforsten, um ihnen nun einen Abriss über unsere Geschäfte während meines Präsidialjahres zu geben. Neben meiner parlamentarischen Tätigkeit war ich an rund 12 verschiedenen, öffentlichen Anlässen, an denen ich als höchster Büllacher herungereicht wurde. Dies war alles erbauend und hat viele interessante Begegnungen gebracht:

Dabei denke ich gerne zurück an gesellschaftliche Ereignisse wie die Eröffnung der Bülimäss und der Klimatage sowie den Neuzuzügeranlass. Aber auch an die GR-Reise, welche nach anfängli-



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

chem Kopfzerbrechen ein schöner Erfolg wurde. Last but not least erinnere ich mich mit grosser Freude an die Freiluftveranstaltung des Jazzclubs anlässlich seines 40-jährigen Jubiläums in der neugestalteten Altstadt. Bei prächtigem Wetter und bester Stimmung durfte ich aus dem Fenster des Ratshaussaals die Darbietungen zusammen mit der höchsten Zürcherin und dem Stadtpräsidenten sowie weiteren Stadträten verfolgen. Solche Veranstaltungen braucht Bülach – dies vermittelt Lebensqualität und bedeutet Stadtmarketing in Reinkultur.

Gemäss der urschweizerischen Eigenart, dass Parlamentsvorsitzende in der Regel nur gerade ein Jahr im Amt sind, geht mit dem heutigen Tag diese Episode für mich nun zu Ende. Ihr alle habt es mir relativ einfach gemacht – wir haben keine Giftanschläge abwehren müssen, auch Schlägereien und Randalen untereinander waren nicht zu schlichten, Stadtrat und Gemeinderat gingen pfleglich miteinander um, und das Publikum verhielt sich sehr anständig und geduldig, sodass keine Polizeieinsätze erforderlich wurden.

Für all das und für eure Nachsicht und Geduld möchte ich mich nochmals herzlich bei allen bedanken!

Leider ist es mir verwehrt geblieben, das neu eingeführte Stimmrecht für den Präsidenten noch ausüben zu dürfen. Dieses Vermächtnis übergebe ich nun gerne an meine Nachfolger. Mit dem bereits verlesenen Vorstoss melde ich mich nun wieder zurück in euren Reihen. Damit möchte ich auch einen Beitrag leisten gegen den „Bedeutungsverlust der Gemeindeparlamente“ – wie man heute in einem grossen Artikel der NZZ lesen konnte.

Ich danke Ihnen.“

**Andrea Schmidhauser** schlägt namens der IFK Stefan Schnegg (EVP) für das Präsidium vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 28 Wahlzetteln 27 Stimmen auf Stefan Schnegg, 1 Wahlzettel wurde leer eingelegt. Somit ist **Stefan Schnegg** für das Amtsjahr 2008/09 **als Präsident** gewählt.

**Stefan Schnegg** bedankt sich für das Vertrauen mit folgenden Worten:

„Ich danke Euch fürs Vertrauen, das ihr mir mit dieser Wahl schenkt. Im Herbst bin ich mit unserem mobilen EVP-Stand-Wägeli im Städtli unterwegs gewesen. Ich habe politische Anliegen unserer Bülacher und Bülacherinnen gesammelt und Wahlzettel verteilt. Da kam ein recht aggressiver Mann auf mich zu und sagte mir: „Ihr Politiker seid doch alle Egoisten, ihr schaut nur für euch. Ich wähle und stimme schon lange nicht mehr...“ Ich habe versucht, ihm zu erklären, dass im Lokalpolitischen nicht gerade viel Spielraum für Eigeninteressen vorhanden sei und es doch mehr darum gehe, heute überhaupt noch Menschen zu finden, die sich um unser Gemeinwohl kümmern. Der Mann blieb bei seiner Meinung. Er schaut alles nur aus seiner individualisierten Perspektive an: Politik ist Privatsache, Religion ist Privatsache, das Leben ist Privatsache. Engagement für Andere



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

gibt es bei ihm nur dort, wo es einem selber etwas bringt. Bin ich als Politiker auch so ein Egoist? Das Statement des Mannes im Städtli ging mir nach. Viele Menschen denken frustriert so wie er und beteiligen sich nicht mehr am politischen Leben, stimmen auch nicht mehr an der Urne. Der Philosoph Wilhelm Schmid unterscheidet zwischen „dummen Egoismus“ und „gescheitem Egoismus“. „Dummer Egoismus“ sucht nur den eigenen Vorteil. Was bringt's mir? Diese Frage ist die Triebfeder fürs persönliche Engagement. Das ist „dummer Egoismus“, der Menschen einsam und verbittert macht. Frustriert, wie der Mann im Städtli, der es sich nicht vorstellen kann, dass es noch Menschen gibt, die sich uneigennützig für andere einsetzen. Der „gescheite Egoismus“ lebt von der Hoffnung, dass etwas zurückkommt, wo ich mich investiere, wo ich mich dreingebe. Der „gescheite Egoismus“ lässt Sportler uneigennützig trainieren, um für die Mannschaft, das Land, oder den Verein etwas zu erreichen. Ist es nicht auch „gescheiter Egoismus“, wenn nach endlosen Fachkommissionssitzungen, Diskussionen mit den Abteilungen und dem Stadtrat schlussendlich ein Konsens errungen wird und wir Politiker auf eine neu gepflasterte Altstadt, eine funktionierende Stadthalle, eine neue Alterssiedlung oder auf einen Fussgängerstreifen mehr in Bülach Süd schauen können? „Gescheiter Egoismus“ sucht zuerst das Wohl der Gemeinschaft und eine gute Beziehung und profitiert erst in einem zweiten Schritt davon, dass dann auch immer etwas auf den Einzelnen zurückkommt, wie Anerkennung, Dank oder Freude an einem gemeinsam erreichten Ziel. Auch in der Politik beobachte ich, dass wir als lokale Parteien uns immer mehr dem „dummen Egoismus“ zuwenden. Der wird dort sichtbar, wo nicht mehr das Wohl der Gemeinschaft gesucht wird, sondern auch ausserhalb des Wahlkampfes vor allem die Wahrnehmung bei der Wahlbasis wichtig wird. Energie wird nicht ins Erschaffen gemeinsamer Lösungen investiert, sondern primär die Wiederwahl der Partei gesichert. Ein Ratkollege, erklärte mir am Anfang meiner Ratstätigkeit, dass die Politik für ihn ein grosses Spiel ums Wahrgenommen-Werdens sei. Abgesehen davon, dass beim Einsatz von solch „dummen Egoismus“ kaum mehr konsensfähige Lösungen möglich werden, durchschaut die Mehrheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger solche Spielereien und wendet sich angewidert ab. Das nennt sich dann Politikverdrossenheit. Was mich persönlich am meisten beelendet ist, dass die jeweils eigene Wahlbasis solche Spielereien noch wohlwollend aufnimmt und sich über die gewonnene Medienpräsenz freut. Für das kommende Amtsjahr wünsche ich mir, dass wir uns mehr der Sachpolitik zuwenden und gemeinsam Lösungen für unsere schöne Stadt Bülach suchen, um als Politiker glaubwürdiger zu werden. Ich bin vielleicht politisch etwas naiv. Wie vor rund 2600 Jahren der Teenager Jeremia, der später ein berühmter biblischer Prophet wurde. Im Gebiet des heutigen Irak hatte Jeremia damals sein Volk gebeten: „Suchet der Stadt Bestes.“ Diesen Wert möchte ich meinerseits auch für die Stadt Bülach leben. Das Beste für Bülach suchen. Nicht das Beste für mich. Mein Wunsch für den frustrierten Mann im Städtli z'Büli wäre: Er soll erleben können, dass es möglichst wenig „dummer Egoismus“ bei uns im Rat gibt. In diesem Sinne erkläre ich Annahme der Wahl und freue mich auf die Zusammenarbeit mit möglichst viel



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

„gescheiterten Egoismus“ im Gemeinderat, also mit vielen Räten, die uneigennützig das Beste für unsere Stadt suchen. Ich danke nochmals für Euer Vertrauen.“

### b) 1. Vizepräsident/In

**Andrea Schmidhauser** schlägt namens der IFK Heinz Kousz (SVP) als 1. Vizepräsidenten vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 28 Wahlzetteln 28 Stimmen auf Heinz Kousz. Somit ist **Heinz Kousz** für das Amtsjahr 2008/09 als **1. Vizepräsident** einstimmig gewählt.

### c) 2. Vizepräsident/In

**Andrea Schmidhauser** schlägt namens der IFK Esther Caviola (SP) als 2. Vizepräsidentin vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 28 Wahlzetteln 25 Stimmen auf Esther Caviola, 3 Wahlzettel wurden leer eingelegt. Somit ist **Esther Caviola** für das Amtsjahr 2008/09 als **2. Vizepräsidentin** gewählt.

### d) 3 Stimmzähler/Innen

Die IFK kann gemäss **Andrea Schmidhauser** keinen Wahlvorschlag für die Stimmzähler unterbreiten.

**Johanna Wirth** schlägt namens der Grünen Fraktion Mike Bader vor.

**Milos Alincic** schlägt namens der SVP-Fraktion Bruno Basler vor. Er begründet dies damit, dass die SVP anteilmässig ein Anrecht auf zwei Sitze hat im Büro des Gemeinderats.

**Andrea Schmidhauser** schlägt namens der FDP-Fraktion Willy Wüthrich vor.

**Thomas Langhart** schlägt namens seiner Fraktion sich selbst vor, weil er findet, dass alle Fraktionen im Büro des Gemeinderats vertreten sein sollen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

**Esther Caviola** unterstützt namens der SP-Fraktion die Kandidatur Thomas Langhart.

Im ersten Wahlgang erreichen das absolute Mehr und sind gewählt:

Bader Mike	27 Stimmen
Wüthrich Willy	27 Stimmen

Das absolute Mehr verpassen und nicht gewählt sind:

Langhart Thomas	14 Stimmen
Basler Bruno	13 Stimmen

Im zweiten Wahlgang erreicht niemand das absolute Mehr:

Langhart Thomas	14 Stimmen
Basler Bruno	14 Stimmen

Im dritten Wahlgang zählt das relative Mehr. Es erreicht niemand das relative Mehr:

Langhart Thomas	14 Stimmen
Basler Bruno	14 Stimmen

**Stefan Schnegg** hat den Stichentscheid und gibt seine Stimme Thomas Langhart. Er erklärt Thomas Langhart als gewählt.

Folgende Sektoren werden den Stimmenzählern zugewiesen:

Mike Bader:	SVP und Thomas Langhart
Thomas Langhart:	FDP, Gemeinderatsbüro und Daniela Gehring ohne Stimmenzähler
Willy Wüthrich:	SP, Grüne und EVP

### e) Wahl in Fachkommission

Als abtretender Präsident hat Jürg Rothenberger wieder in eine Kommission Einsitz zu nehmen. **Andrea Schmidhauser** schlägt namens der IFK vor, Andrea Spycher der Fachkommission I, Jürg Rothenberger der Fachkommission IV zuzuteilen.

**Andrea Spycher** ist mit diesem Vorgehen einverstanden, weil dies bei der Wahl von Jürg Rothenberger zum Gemeinderatspräsident so abgesprochen worden sei und die SVP zurzeit keinen Einsitz in der Fachkommission I habe.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. In der offenen Wahl wird Jürg Rothenberger in die Fachkommission IV und Andrea Spycher in die Fachkommission I gewählt. Beide Wahlen in die Fachkommissionen erfolgten einstimmig. Diese Zuteilung erfolgt per sofort.

Traktandum 3

### **Alterspflege- und Kinderbetreuungsplätze an der Gringglenstrasse 21 in Bülach – jährlich wiederkehrender Kredit von maximal Fr. 188'000.–**

---

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission III und der RPK vor. Die Fachkommission III beantragt grossmehrheitlich Annahme des stadträtlichen Antrags. Die RPK beantragt einstimmig Annahme des Teils der Pflegewohngruppe des stadträtlichen Antrags, den Teil Kinderkrippe jedoch zurückzuweisen.

**Frédéric Clerc** erläutert namens der Fachkommission III anhand von Folien folgendes:

#### „EINLEITUNG

- Antrag und Weisung zum Geschäft „Alterspflege- und Kinderbetreuungsplätze im Renovationsprojekt der Genossenschaft für Alterswohnungen Bülach an der Gringglenstrasse 21“ haben wir Mitte Dezember erhalten.
- Zu diesem Zeitpunkt war es das Ziel des Stadtrats dieses Geschäft bereits an der Januarsitzung des Gemeinderats zu behandeln (Baueingabe gemäss Mietvereinbarung Ende Januar)
- Der Antrag wurde von der Fachkommission an mehreren Sitzungen geprüft.

#### ALTERSPFLEGEPLÄTZE

- Bezüglich Alters- und Pflegeplätze sind die Fakten klar und der Bedarf nach Pflegeplätzen ist unbestritten.
- Die Genossenschaft setzt sich aus Industriefirmen, Gewerbebetrieben und Privatpersonen zusammen welche mehrheitlich aus Bülach stammen.
- Die Stadt Bülach trägt einen Anteil von Fr. 100'000 am Genossenschaftskapital von Fr. 220'000.
- Es fand keine Ausschreibung statt, da es sich bei der Genossenschaft um eine private Trägerschaft handelt.
- Die Mietkosten basieren auf einer Schätzung (+/- 15%). Kostendach für den Vorstand Genossenschaft sind die + 15%.
- Mietdauer 20 Jahre mit Option für weitere 10 Jahre (Unterschied zu Kinderkrippe!)



## Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

- Die vorangeschlagenen Mietkosten sind von den Umbau- und Gebäudegrundkosten abhängig
    - Überschreitung der Umbaukosten -> Erhöhung der Mietkosten
    - Unterschreitung der Umbaukosten -> Senkung der MietkostenDer Stadtrat wird gebeten seine Rolle (Stadtrat ist im Vorstand der Genossenschaft vertreten) wahrzunehmen und klare „must“-Kriterien zu definieren und von „nice-to-have“-Kriterien Abstand zu nehmen.
  - Das Projekt Gringglen ermöglicht die Auflösung der Gruppe Erachfeld (mit 7 Pflegeplätzen) zu Gunsten einer Pflegewohngruppe, die mit 14 Plätzen kostendeckend arbeiten kann.
  - Gringglen ermöglicht die Renovation des Alterswohnheims Rössligasse. Während des Umbaus der Rössligasse können die Bewohner in der Gringglen untergebracht werden.
  - Für alle Bewohner der heutigen Gringglen wurden Lösungen gefunden. Bei den über 65-Jährigen wurde bei der Lösungssuche geholfen.
- > Die Fachkommission hat dem Antrag 1 einstimmig zugestimmt.

### KINDERBETREUUNGSPLÄTZE

- In diesem Bereich bestanden im Antrag an den Gemeinderat viele Fragen und Unklarheiten.
- Die Fachkommission hat einen umfangreichen Fragenkatalog an den Stadtrat gesandt, als auch in mehreren direkten Gesprächen mit diesem die offenen Punkte erläutert. Der Stadtrat hat sich stark engagiert und seine Anliegen sachlich erläutert. Die Gelegenheit, dank finanzieller Unterstützung der Kirchgemeinden zu günstigen Betreuungsplätzen zu kommen war prägend.
- Bedarfsnachweis
  - Gemäss Antrag führt die Stadt eine Warteliste mit 22 Kindern. Die neue Kinderbetreuungsstätte in der Gringglen könnte 18 Kinder aufnehmen.
  - Bei den Wartelisten bestehen nach wie vor Unklarheiten; zum Teil sind Kinder auf der städtischen, als auch auf der von Privaten geführten Warteliste.
  - Die Warteliste hat sich im letzten Jahr verdoppelt, das heisst von 10-12 Kindern auf 22 Kinder.
  - Nach letzten Informationen ist die Warteliste auf 38 Kinder angewachsen, weil es noch eine Warteliste von 14 Kindern von Sozialhilfeempfängern gibt.
  - Es werden bereits heute 10 Kinder von Sozialhilfeempfängern in der Krippe betreut.
  - Die Übersicht der Verwaltung in diesem sensitiven Bereich hinterlässt Fragezeichen.
  - Die städtische Kinderkrippe hat 35 Betreuungsplätze, davon deren 12 in der Spitalkrippe (Beteiligung der Stadt).
  - Insgesamt werden 55 Kinder betreut.
  - Die privaten Kinderkrippen haben 50 Betreuungsplätze. Da nicht alle Kinder an 5 Tagen pro Woche betreut werden, sind es insgesamt 100 Kinder. Davon wohnen 60 Kinder in Bülach.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

- Übersicht verrechnete Tarife städtischer Kinderbetreuungsplätze (siehe Beilage 1)
  - Übersicht Tagestarife der Kinderkrippe der Stadt Büllach (siehe Beilage 2)
  - Kosten
    - Die neue Kinderkrippe in der Gringglen verursacht ein jährliches Defizit von Fr. 108'000. Das Defizit reduziert sich um Fr. 70'000 auf Fr. 38'000, wenn sich die Kirchgemeinden beteiligen.
    - Bis anhin ist eine schriftliche Zusicherung der reformierten und katholischen Kirchgemeinde bekannt. Die Zusicherung erstreckt sich auf lediglich 12 Jahre.
    - Die Finanzhilfe muss von den jeweiligen Kirchgemeindeversammlungen noch bewilligt werden.
    - Die Kirchgemeinden zahlen ihren Anteil an den betreuten Kindern und die Stadt zahlt ihren jeweiligen Anteil an die betreuten Kinder.
    - Wenn der Gemeinderat oder die Kirchgemeinde diesem Projekt nicht zustimmt, werden keine Kinderbetreuungsplätze in der Gringglen geschaffen. Der Platz würde für zusätzliche Alterswohnungen genutzt.
  - Christlich geführt
    - Christlich geführt bedeutet, dass christliche Werte wie Glaubwürdigkeit, Verantwortung, Selbstbeschränkung, Wertschätzung, Gerechtigkeit, Solidarität, Nachhaltigkeit und Frieden vorgelebt und vermittelt werden. Zudem werden christliche Feste und Rituale gefeiert.
    - Es gibt keinen Grundsatz und keine Absicht, irgendjemanden von diesem Angebot auszuschliessen.
    - Das Angebot an religionsneutralen Krippen, private und städtische, in Büllach ist vorhanden.
  - Standort Gringglen
    - Mehrverkehr durch Kinder, welche gebracht und abgeholt werden.
    - Alt und Jung im selben Haus ist als positiv zu werten. Für Personen, welche Pflege und Ruhe brauchen sind Vorbehalte angebracht.
- > Die Fachkommission III hat den Anträgen 2 und 3 grossmehrheitlich zugestimmt."

**Jakob Briner** erklärt, dass er sich in der Detaildiskussion zu Wort melden werde.

**Willy Wüthrich** stellt namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zu den Punkten 2 und 3 (Kinderkrippe) einen Rückweisungsantrag. Er begründet diesen wie folgt: „Die vorgeschlagene Finanzierungsvariante und insbesondere Regelung der Aufteilung des Defizitbeitrages ist zu unklar. Es ist durch ein geeignetes Modell sicherzustellen, dass keine Subventionierung von Kinderbetreuungsplätzen stattfindet, die von Nicht-Büllacher Kindern beansprucht werden (klarer Aufteilungsschlüssel Betreuungsplätze/ Defizitbeiträge mit Kostendach etc.). Zudem ist die RPK der Auffassung, dass die Stadt Büllach, die weniger Plätze subventioniert, nicht als Mieterin auftreten und



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

somit das Risiko der Hauptbetreiberin (Kirchen) übertragen werden soll, zumal ein Beschluss der Kirchgemeinde (noch) nicht vorliegt."

**Stadtrat Mark Eberli** präzisiert die Fachkommission III wie folgt. Das Kostendach von 15 Prozenten sei klar. Er bezweifle, dass auf den Wartelisten der Krippen dieselben Kinder stehen und gehe nicht davon aus, dass Eltern ihre Kinder gleichzeitig für die städtische und für die private Krippe angemeldet haben. Er wolle das so im Raum stehen lassen. Die Zusicherung der Kirche für zwölf Jahre gelte auch für die Mietdauer. 20 Jahre betrage die Mietdauer für die Pflegewohnungen. Im Bächli in Bassersdorf finde man ein gutes Beispiel, wo Pflege und Krippe im Bächli im gleichen Haus untergebracht seien und er betont, dass die Erfahrungen beidseitig sehr gut seien. Das Anliegen der RPK unterstützte er. Es sei klar, dass nur Bülacher Kinder unsere Plätze in Anspruch nehmen werden. Das könne man auch sicherstellen. Die Kirche prüfe, ob sie als Mieterin auftreten will. Dies werde an der nächsten Kirchenpflegesitzung entschieden. Er bitte um den Kredit von 38 000 Franken um die Betreuungsplätze zu schaffen und er danke der Kirche, dass sie sich für unsere Stadt und unsere Gesellschaft engagiere.

### Eintretensdebatte

**Fritz Münger** führt aus, dass sich die SP-Fraktion nicht einig sei. Er könne somit keine Erklärung für die gesamte Fraktion abgeben. Selbst bezeichnet er den Krippenantrag als nicht akzeptabel. Er habe nichts gegen Krippenplätze, frage sich jedoch, weshalb die Stadt nicht selber ein Angebot mache. Subventionierte Krippen müssten allen offen stehen, egal, welchem Kulturkreis jemand angehöre. Der vorliegende Antrag verletze aber diesen Grundsatz. Kirchliche Krippen seien nicht für alle Kulturkreise offen. Weiter erstaune ihn, weshalb man nicht früher den Kontakt zu privaten Krippen für eine Zusammenarbeit aufgenommen habe. Er stellt deshalb den Antrag, den Punkt der Kinderkrippe zurückzuweisen, jedoch in einem anderen Sinne als die RPK Bülach.

**Heinz Kousz** stimmt namens der SVP-Fraktion mehrheitlich dem Bereich Alterspflegeheim zu, obschon wichtige Fragen bezüglich Anschaffungen und Betrieb in der Vorlage unvollständig oder gar nicht enthalten seien. Darauf komme er in der Detailberatung zurück. Er stimme der Fachkommission III zu, der Bereich Kinderkrippe werde aber abgelehnt beziehungsweise zurückgewiesen, wie dies die RPK beantrage. Er ist der Meinung, dass die Stadt nicht als Vertragspartner auftreten solle, wo sie doch in der Minderheit sei. Der grössere Anteil habe die Kirche und soll den grösseren Mietanteil übernehmen. Zudem müsse die Kirche an ihrer Hauptversammlung dem Antrag auch noch entsprechen. Bei Ablehnung wäre das ganze Vorhaben ohnehin gestorben. Die SVP-Fraktion stimme deshalb für die Rückweisung des Geschäfts.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

**Edith Planta** unterstützt namens der EVP-Fraktion das Projekt und betrachtet es als Auflebung des Quartiers Gringglen. Unterstützt werde es deshalb, weil das Modell die Idee „Wohnen plus“ realisiert. Es handle sich um eine Bereicherung des bisherigen Angebots. Der Bedarf sei eindeutig ausgewiesen und das Projekt sei verhältnismässig. Auch der Bedarf an Krippenplätzen sei ausgewiesen. 38 Kinder würden auf einen Krippenplatz von der Stadt warten. Mit dem Projekt Gringglen könnten zwei Bedürfnisse in einem erfüllt werden. Das sei nicht ein Hindernis sondern eine Chance für eine gelungene Partnerschaft. Christliche Grundwerte seien ebenfalls kein Hindernis. Die EVP-Fraktion unterstütze das Projekt grundsätzlich und sei gegen den Rückweisungsantrag der RPK.

**Jürg Rothenberger** erachtet die Vorlage als recht komplex. Nicht weil die Anträge schwierig seien, aber weil sie konzeptionell in verschiedene Bereiche eingreife. Mit Annahme des ersten Antrages sage der Gemeinderat indirekt auch ja zum vorgeschlagenen Vorgehen zur Erneuerung der Rössligasse. Diverse Punkte seien noch nicht klar. Die FDP sei deshalb unsicher. Auch im Bereich der Kinderbetreuung sei vieles im Fluss und bedürfe Grundsatzentscheide im Bereich Finanzierung und Infrastruktur. Bassersdorf habe mit grossem Mehr einem Modell zugestimmt. Betreffend Finanzierung von ausserfamiliärer Kinderbetreuung sei die FDP bereit für finanzielle Unterstützung. Aber unter Zeitdruck sei nur eine Lösung präsentiert worden. Alternativen seien keine untersucht worden. Nur der Bedarf sei ausgewiesen, sonst seien viele Punkte unklar, auch der Beschluss der Kirche. Die FDP beantrage deshalb einen Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung. Es hätten gleich lange Spiesse zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen zu gelten. Deshalb habe die FDP-Fraktion auch die beiden Vorstösse vom Anfang eingereicht. Die Fraktion stimme nur dem ersten Antrag zu und werde die Anträge 2 und 3 zurückweisen.

**Johanna Wirth Calvo** führt aus, dass 60 Prozent heute schon über 60 Jahre alt seien. Deshalb sollte nicht nur das vorliegende, sondern auch künftige Projekt den Stadtrat und den Gemeinderat beschäftigen. Der Antrag Gringglen sei zu begrüssen. Die Verbindung von Alter und Kinderhort sei inhaltlich sehr positiv. Soziales Lernen sei so möglich. Die lange Warteliste beweise den Bedarf. Die Zusammenarbeit mit den Kirchen sei gut. Eine Minderheit finde, dass die finanzielle Verantwortung der Stadt unverhältnismässig sei. Bei einer Annahme müsse der Stadtrat aber nochmals über die Bücher und mit der Kirche und Vertragsgemeinden die Bedingungen aushandeln. So schnell werde man wohl nicht mehr zu Betreuungsplätzen kommen. Sie habe Gespräche mit Kirchenvertretern geführt. Unter dem Miterleben der christlichen Kultur werde z.B. Guetzli backen und Ostereier färben verstanden. Die Fraktion beantrage deshalb, den Anträgen zuzustimmen. Änderungsvorschlägen gegenüber sei sie jedoch offen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

**Edith Planta** stellt namens der EVP folgende Anträge:

„Antrag 1: Es sei Ziff. 2 des stadrätlichen Antrages, einen jährlich wiederkehrenden Kredit von maximal Fr. 48'000 für die Miete von Wohnraum für den Betrieb einer Kinderkrippe zu bewilligen, abzulehnen.

Antrag 2: Für den Betrieb einer Kinderkrippe wird ein Nettodefizitbetrag von jährlich maximal Fr. 38'000 bewilligt, sofern sich verschiedene Kirchen mit einem Betrag von mindestens Fr. 70'000 an den Betriebskosten beteiligen.

Antrag 3: Die Stadt hat bezüglich des subventionierten Beitrages ein Modell einzubringen, welches ausschliesslich die Subventionierung von Kinderbetreuungsplätzen für Bülacher Kinder berücksichtigt. Kinder, die nicht in Bülach wohnen, sollen nicht in den Genuss von der Stadt subventionierten Kinderbetreuungsplätzen gelangen.“

Sie begründet dies wie folgt:

„Antrag 1: Es trifft zu, dass die Stadt nicht Hauptbetreiberin der Kinderkrippe Gringglen ist. Der Mietvertrag über die Fläche von 227 m<sup>2</sup> Wohnraum und Keller zum Betrieb der Kinderkrippe soll deshalb konsequenterweise durch die Kirchen abgeschlossen werden und nicht von der Stadt. Dadurch entfällt der beantragte jährlich wiederkehrende Kredit von Fr. 48'000 (Antrag 2. der Weisung).

Antrag 2: Da die Stadt nicht Hauptbetreiberin der Kinderkrippe ist, diese von verschiedenen Kirchen getragen wird, soll die Stadt nicht das finanzielle Risiko für den Bruttodefizitbetrag von Fr. 108'000 tragen. Sie soll nur den jährlichen Nettodefizitbetrag von Fr. 38'000 Betriebskosten garantieren. Diese Verpflichtung ist davon abhängig, ob von den Kirchen der Hauptanteil der Betriebskosten von maximal Fr. 70'000 getragen wird. Ohne Beitrag der Kirchen entfällt auch der Beitrag der Stadt.

Antrag 3: Wir sind ebenfalls der Ansicht, gemäss dem Antrag der RPK, dass die von der Stadt geleisteten Beiträge/Subventionen nur Bülacher Kindern bei der Kostenbemessung der Kinderbetreuungsplätze zugute kommen dürfen. Die Stadt hat deshalb durch ein geeignetes Modell sicherzustellen, dass diesem Grundsatz nachgelebt wird.“

Für **Esther Caviola** scheint der Teil Pflegewohngruppen unbestritten zu sein. Bei der Kinderkrippe scheine aber vieles nicht geklärt zu sein. Deshalb sei der Rückweisungsantrag zurzeit das einzig Richtige. Sie sei nicht einverstanden, dass die Stadt christlich geführte Krippenplätze finanziere. Klar sei, dass ausserfamiliäre Kinderbetreuung ein Zeichen der Zeit sei. Krippenplätze ja, aber die Stadt solle sie zur Verfügung stellen. Dies sollte im Pflichtenheft der Stadt stehen. Die Stadt sollte ausserdem alle Krippen gleich behandeln. Hier sei eine andere Lösung nötig. Es bestehe der Anschein, dass zukunftsweisende Aspekte nicht durchdacht seien.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

**Milos Alincic** ist über die Art und Weise der Weisung nicht glücklich, sie sei nicht vollständig. Es fehlen sowohl bei der Pflegewohngruppe wie auch bei der Krippe Erstanschaffungen. Nach seiner Meinung sollte man einen einmaligen Kredit für den Start beantragen und einen jährlich wiederkehrenden Kredit für nachher. Dies habe auch Auswirkungen auf die Betriebskosten. Bei der Pflegegruppe sei der Bedarf ausgewiesen. Aber mittel- bis langfristig sei es keine Lösung. Man hätte auch im Grampen ein zweites Gebäude planen können, mit oder ohne Alterswohnheim Rössligasse. Er vermute eine Aufteilung des Kredits, wie dies auch bei der Sanierung des Alterswohnheims der Fall sei. Er vermute ein Präjudiz, und dann müsse man zu den Folgen auch ja sagen. In der Betriebsrechnung der Gringglen sei ein Überschuss ausgewiesen, doch da würden die Startinvestitionen fehlen. Er wolle die Gringglen nicht zurückweisen, aber er sei nicht einverstanden mit der Weisung. Sie sei eher auf die gute Seite frisiert. Bei der Krippe sehe er den Bedarf nicht ausgewiesen. Er fragt Mark Eberli an, ob private Kinderkrippen auch Geld bekämen.

**Stadtrat Mark Eberli** führt aus, dass es keine gesetzlichen Grundlagen gebe um Private zu unterstützen, so wie auch viele private Geschäfte nicht unterstützt würden. Aber wenn das Parlament eine Grundlage schaffen würde, könnte man darüber sprechen.

### Abstimmungen

Dem Rückweisungsantrag wird mit 15 Ja : 13 Nein-Stimmen zugestimmt.

**Milos Alincic** fragt Mark Eberli an, was mit der Pflegewohngruppe passieren würde, wenn das Alterswohnheim Rössligasse nicht umgebaut würde.

**Stadtrat Mark Eberli** erklärt, dass „Wohnen plus“ eine Ersatzwohnung habe. Der Umbau starte Mitte Jahr 2008 und dauere bis ca. Mitte 2009. Bis dann sei klar, ob das Alterswohnheim Rössligasse umgebaut werde. Wäre dies nicht der Fall, gingen die Wohnungen auf den freien Markt. Würde das Alterswohnheim Rössligasse umgebaut, würden die Wohnungen erst nachher wieder freigegeben. Es handle sich um zwei verschiedene Sachen. Aber die Sanierung komme günstiger, weil die Option Gringglen zur Verfügung stehe.

**Milos Alincic** stellt fest, dass wenn der Umbau des Alterswohnheims Rössligasse nicht angenommen würde, die Pflegewohngruppe Erachfeld in die Gringglen ziehen würde. Dann wäre zusätzliche Infrastruktur nötig. Er will wissen, was das ganze Geschäft koste, nicht dass ein Nachtragskredit nötig sei.

**Stadtrat Mark Eberli** erklärt, dass die Zimmer von den Bewohnerinnen und Bewohnern selber eingerichtet werden. Die Betten würden geleast. Dies sei in der Betriebsrechnung berücksichtigt.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

Der bereinigte stadträtliche Antrag, der Kredit von maximal 140'000 Franken zum Betrieb einer Pflegewohngruppe, wird mit 24 Ja : 1 Nein-Stimmen, bei 2 Enthaltungen, gutgeheissen.

**Johanna Wirth Calvo** bemerkt, sie sei mit Abstimmungsprozedere nicht einverstanden. Der Antrag von Edith Planta sei nicht zur Abstimmung gekommen

- Fünf Minuten Pause zur Klärung des Abstimmungsprozederes -

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass die Anträge der EVP durch die Rückweisung hinfällig geworden sind.

Der Gemeinderat **beschliesst:**

1. Für die Miete von total 563m2 Wohnraum und Keller plus Umschwung im renovierten Mehrfamilienhaus an der Gringgenstrasse 21 in Bülach wird zu Lasten der laufenden Rechnung ein jährlich wiederkehrender Kredit von maximal Fr. 140'000.00 Franken, zum Betrieb einer Pflegewohngruppe bewilligt.
2. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung an:
  - a) Stadtrat
  - b) René Meyer, Leiter Soziales und Gesundheit
  - c) André Rollin, Leiter Finanzabteilung

Traktandum 4

**Zusatzkredit von Fr. 53'500.- für Projektierungskosten "Nachhaltigkeit" Erneuerung Rössligasse**

---

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission III und der RPK vor. Die Fachkommission III und die RPK beantragen einstimmig Annahme des stadträtlichen Antrags.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

**Markus Wobmann** bemerkt namens der Fachkommission III einleitend, dass es um viel Geld gehe. Andererseits gehe es aber auch um Nachhaltigkeit. Zuerst habe er sich geärgert, weil bei einem schon hohen Kredit offensichtlich der Sanierung der Aussenhülle keine Beachtung geschenkt wurde. Dies sei kein Vorwurf an den Architekten, weil dies so nicht im Pflichtenheft gestanden sei. Andererseits zu behaupten, der Stadtrat habe bewusst abgespeckte Zahlen präsentiert, wäre so aber auch nicht korrekt. Er rechne es Mark Eberli hoch an, dass er mit dem Zusatzkredit gekommen und dazu gestanden sei. Nun sei die Frage, was man von 53 500 Franken erwarten könne. Es gehe um die Ermittlung der Mehrkosten, damit die Rössligasse minergietauglich werde. Ebenfalls geprüft werde ein alternatives Heizkonzept. Bülach trägt das Label Energiestadt. Deshalb sei er der Meinung, bei einer Streichung müsste man das Label entfernen. Dies seien die Gründe, weshalb die Fachkommission klar beliebt machen wolle dem Zusatzkredit zuzustimmen. Die Abstimmung sei einstimmig ausgefallen.

**Willy Wüthrich** schliesst sich diesen Ausführungen namens der RPK an.

### Fraktionserklärungen

**Jakob Briner** spricht sich namens der EVP für das Projekt aus, weil eine Investition in die Nachhaltigkeit wichtig sei. Die Frage, warum man nicht von Beginn weg daran gedacht habe, beantworte das Protokoll vom 22. Oktober 2007. Das ursprünglich vereinbarte oberste Ziel war, dass das Alterswohnheim Rössligasse ein günstiges Angebot sein müsse. Der Stadtrat und die Verwaltung habe sich ‚Nice to have‘ so sehr zu Herzen genommen, bei der Frage was ein wichtiger Inhalt des Projekts wäre. Die EVP befürworte den Nachtragskredit ebenfalls. Sie sei sich bewusst, dass es schwierig sei, Altbauten energieeffizient zu sanieren. Alternativen sollten geprüft werden. Auch Gas sei nicht CO<sub>2</sub>-neutral. Zudem könnte man eine Holzsnitzelheizung prüfen.

**Markus Wobmann** ergänzt, dass für die SVP eine kostengünstige Variante das oberste Ziel war. Trotzdem habe sie zugestimmt.

**Fritz Münger** bestätigt, dass die SP-Fraktion ebenfalls zustimme.

**Frédéric Clerc** erklärt sich namens der FDP-Fraktion mit dem Vorgehen nicht einverstanden. Zusätzliche Kosten würden verursacht, Unternehmer stellten überrissene Forderungen. Trotz Energiestadt-Label sei die Stadt nicht in der Lage, danach zu handeln. Handeln sei aber wichtiger, als davon zu reden. Die Fraktion unterstütze den Antrag, damit klare Fakten vorhanden seien.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

**Thomas Langhart** unterstützt das Geschäft ebenfalls. Er werde in der Detailberatung weitere Worte darüber verlieren.

**Mike Bader** spricht sich namens der Grünen Fraktion klar für den Antrag aus. Nicht glücklich sei diese aber ebenfalls mit dem Vorgehen. Wichtig sei aber, dass der Energieaspekt berücksichtigt werde.

### Detailberatung

**Thomas Langhart** verweist auf die Revision des Energieplans, Schlussentwurf vom 2. Juli 2007, und auf einen Beschluss des Stadtrats aus dem Jahr 2004. Darin sei festgehalten, dass auch eigene Neubauten im Minergiestandard zu realisieren seien. Zudem verweist er auf den Kostenvoranschlag von Architekt Willi Meier vom August 1990. In den Bemerkungen zum Kostenvoranschlag sei erwähnt, dass auch in Zukunft Sanierungsmassnahmen zu planen seien. Es erscheine ihm nicht glaubwürdig, dass die günstigste Variante gewählt worden sei. Die Fassade hätte beim Umbau von Beginn weg berücksichtigt werden müssen. Er glaube nicht an ein Versehen und vermute, dass man mit einem tieferen Kredit am Gemeinderat habe vorbeigehen wollen.

**Milos Alincic** bezeichnet sich nicht als Freund des Energielabels. Aber dieses umfasse unter anderem, dass die Gemeinde stets auf dem neusten Stand der Entwicklungen sei. Er verstehe nicht, weshalb die Energieoptimierung nicht von Beginn weg ins Auge gefasst wurde. Er wolle beliebt machen, dass saubere Kredite beantragt werden.

**Stadtrat Mark Eberli** entschuldigt sich dafür, wenn das so empfunden wurde. Das sei nicht die Absicht gewesen.

Der Zusatzkredit von 53'500 Franken für zusätzliche Abklärungen bezüglich „Nachhaltigkeit“ Erneuerung Alterswohnheim Rössligasse wird mit 26 Ja : 1 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, gutgeheissen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

1. Für zusätzliche Abklärungen bezüglich „Nachhaltigkeit“ im Zusammenhang mit der Erneuerung des Alterswohnheims Rössligasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 570.5810.3) ein Zusatzkredit von Fr. 53'500 bewilligt.
2. Dieser Beschluss unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
3. Mitteilung an:
  - a) Stadtrat
  - b) René Meyer, Leiter Soziales und Gesundheit
  - c) André Rollin, Leiter Finanzabteilung

Traktandum 5

### **Bauabrechnung Sanierung Witenwissenstrasse**

---

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der RPK vor. Die RPK beantragt einstimmig Annahme des stadträtlichen Antrags.

**Bruno Basler** stellt namens der RPK fest, dass die Bauabrechnung geprüft wurde. In der RPK wie auch in der SVP-Fraktion sei sie einstimmig angenommen worden. Man habe jedoch festgestellt, dass es einen grossen Unterschied zwischen Budget und Abrechnung gab. Letztere sei 24 Prozent tiefer. Manchmal werde etwas hoch budgetiert, um auf der guten Seite zu sein. Manchmal wäre es besser, richtig zu budgetieren. Er empfiehlt die Annahme.

Der Gemeinderat **beschliesst** einstimmig:

1. Die mit der Buchhaltung übereinstimmende Bauabrechnung der WS Ingenieure AG, Bülach, vom 17. September 2007 über die Sanierung der Witenwissenstrasse im Betrage von Fr. 287'062.75 bei einer Kreditunterschreitung von Fr. 15'639.65 wird genehmigt.
2. Mitteilung an:
  - a) Stadtrat
  - b) Abteilung Finanzen
  - c) Abteilung Bau und Umwelt



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

Traktandum 6

### **Postulat Matthias Schwank betr. Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden – Antwort des Stadtrats**

---

Der Stadtrat hat mit SRB-Nr. 330 vom 28. November 2007 das Postulat von Matthias Schwank betr. Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden beantwortet (Beilage 3 zum Originalprotokoll). Die Antwort wurde den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt. Der Stadtrat beantragt, das Postulat als erledigt von der Pendenzenliste abzuschreiben.

**Mike Bader** sagt namens der Grünen Fraktion folgendes: „Die Grüne Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates auf deren Postulat zur Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms zur Kenntnis. Die Antwort gibt einen ersten Überblick, welche Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz bei Gebäuden theoretisch bereits jetzt vorhanden wären. Solche Anreize reichen aber nur dann aus, die Investitionsentscheide von Bauherren zu beeinflussen, wenn sie bekannt sind und auch einen entsprechend finanziellen Anreiz/Bonus darstellen.

Erfreulicherweise konnten wir aus der Antwort aber entnehmen, dass der Stadtrat bereit ist, ein nachhaltiges Förderprogramm im Rahmen des aktualisierten Energieplanes zu prüfen. Dies ist zwar ein etwas eigenartiges Fazit auf unser Postulat, in welchem wir den Stadtrat eingeladen haben, genau dies zu tun...Aber immerhin scheint der Stadtrat die Notwendigkeit eines solchen Förderprogramms zu erkennen. Wie genau ein solches Förderprogramm aussehen soll, oder ob es sich dabei „nur“ um eine Energieberatung handeln soll, erfahren wir leider nicht.

Wir sind also mehr als sechs Monate später keinen Schritt weiter, was sehr schade ist. Dabei zeigt der Stadtrat an den Beispielen von Illnau-Effretikon und Küsnacht auf, wie einfach und günstig z.B. nur schon eine Energieberatung einzuführen wäre. Und nachdem nun neben all den schon bestehende Auflagen und Anreizen der Bund am 21. Februar nochmals 15 Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und 7 Massnahmen im Aktionsplan „Erneuerbare Energien“ präsentierte, wird es immer schwieriger, den Durchblick zu bewahren.

Dass der Bund so viele weitere Massnahmen durchführen will, um seine Energiesparziele erreichen zu können, zeigt unmissverständlich, dass die bisherigen Auflagen und Anreize absolut ungenügend waren. Bülach ist als Energiestadt sicher schon einen Schritt weiter, trotzdem könnten wir durch die Schaffung weiterer echter Anreize das Verhalten der Bauherren positiv beeinflussen. Und eigentlich wissen wir ja genau, wie es gehen müsste.

Bülach betreibt nämlich schon länger – und mit sehr gutem Erfolg – ein lenkendes Anreizsystem: den Arealüberbauungsbonus, der massgeblich mit dem der Erfüllung des Minergiestandards verknüpft ist. Dies ist ein echter finanzieller Anreiz. Dadurch können mehr Wohneinheiten auf einem Grundstück erstellt werden und somit zahlen sich die Mehrinvestitionen mehr als aus.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

Deshalb erstaunt es uns Grüne schon ein wenig, wenn der Stadtrat dieses Instrument so lobt, auf der anderen Seite aber mehrfach darauf hinweist, dass die Wahl des Energieträgers resp. die Bauart der freien Marktwirtschaft überlassen werden soll. Gäbe es keinen Arealüberbauungsbonus, würde in Bülach kaum jemand im Minergiestandard bauen. Wieso also können für Bauherren kleinerer Einheiten resp. für Sanierungen nicht ähnlich gute Anreize gestaltet werden?

Ob da die Einführung der Baumassenziffer wirklich sinnvoll war? Der Stadtrat schreibt ja selbst, dass als primäre Stossrichtung nachhaltiger Energienutzung das „Energie sparen“ schlechthin sei. Und mit der Baumassenziffer bestrafen wir dann wieder Bauherren, wenn sie ihr Haus zusätzlich isolieren wolle, unabhängig davon, wie die Wärmeenergie erzeugt wird.

Es gibt also noch viel zu tun in diesem Bereich. Grundsätzlich ist Bülach als Energiestadt auf einem guten Weg, aber auch wir können uns weiter verbessern. Wir möchten den Stadtrat dabei unterstützen, einen Schritt weiter zu kommen und halten deshalb an unserer Forderung nach einer Prüfung einer Einführung eines kommunalen Förderprogramms bei Gebäuden fest. Wir denken, dass wir dabei auf den Stadtrat wie aus der Antwort hervorgeht, zählen können. Bis diese Prüfung – notabene nur Prüfung! – aber abgeschlossen ist, wurde unser Postulat nicht beantwortet und wir halten daher am Postulat fest. Ich fordere alle Parteien auf, das Postulat nicht abzuschreiben.“

**Jakob Briners** Gedanken gehen in gleiche Richtung. Einerseits habe der Stadtrat erklärt, was schon gemacht sei, dies sei lobenswert. Er sei jedoch der Meinung, es brauche nicht nur Sensibilisierung, sondern auch finanzielle Anreize. Er fordert den Stadtrat auf, ein nachhaltiges Förderprogramm zu prüfen. Auch er sei dafür, das Postulat stehen zu lassen.

**Andrea Spycher** erachtet das Postulat namens der SVP-Fraktion als gut und genügend beantwortet. Sie sei deshalb für Abschreiben.

**Stadtrat Hanspeter Lienhart** ist der Meinung, dass diese Aussagen zeigen, was man mit dem Postulat erreichen wollte. Der Stadtrat stelle in seiner Antwort zu Recht Fragen. Mit Steuergeldern werde etwas Gutes gefördert, für diejenigen, die etwas tun. Die Frage sei, ob der Gemeinderat ein solches Förderprogramm wolle. Die Entscheidung liege bei Parlament. Mit einem Rahmenkredit könnte ein Anreizsystem auf die Beine gestellt werden.

**Mike Bader** verwirrt diese Aussage. Der Auftrag sei nicht eine Grundsatzdiskussion gewesen, ob man ein Förderprogramm will. Man hätte Möglichkeiten prüfen und Vorschläge vorlegen sollen. Und auf dieser Vorgabe hätte man diskutieren können. Für ihn sei unklar, ob er jetzt für oder gegen die Abschreibung sein müsse.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

**Andrea Schmidhauser** spricht sich namens der FDP-Fraktion klar für Abschreibung aus. Die FDP stehe hinter ökologischen Massnahmen bei städtischen Bauten. Für Private erachte sie ein solches Programm jedoch falsch und unterstütze dies nicht.

**Edith Planta** schliesst mit dem Fazit, dass das Postulat auch für den Stadtrat noch offen sei, wie der Schlusssatz in der Antwort sage.

In der Abstimmung wird das Postulat mit 15 Ja : 13 Nein-Stimmen abgeschrieben.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Postulat Matthias Schwank und Mitunterzeichner betreffend Einrichtung eines kommunalen Förderprogramms im Bereich Energieeffizienz bei Gebäuden wird als erledigt von der Pendenzenliste abgeschrieben.
2. Mitteilung an den Stadtrat

Traktandum 7

### **Fragen an Kommissionen und Stadtrat**

---

Seit einem halben Jahr arbeite Walter Boris Fischer am Kulturkonzept. **Barbara Fischer** möchte wissen, ob das Konzept im vorgeschriebenen Zeitrahmen fertig werde.

**Stadtpräsident Walter Bosshard** spricht zuerst Jürg Rothenberger seinen Dank für das Jahr im Einsatz aus und gratuliert den Neugewählten. Zu Beginn der Legislaturperiode habe man die Arbeit der Kulturkommission hinterfragt. Dann habe man Walter Boris Fischer den Auftrag erteilt, ein Kulturkonzept zu erarbeiten. Dieser habe mehrere Interviews geführt, so auch mit dem Parlament, mit Vereinen usw. Am 24. Januar 2008 habe eine spannende Veranstaltung im Kirchgemeindehaus stattgefunden. Das Kulturkonzept sei auf Kurs, die erste Lesung auf den Frühling vorgesehen. Die bereinigte Fassung solle vor den Sommerferien vorliegen.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

Traktandum 8

### Diverses

---

**Stadtpräsident Walter Bosshard** berichtet zum Stand des Zentralen Verwaltungsgebäudes (ZVG). Der Stadtrat habe in der letzten Legislaturperiode einen positiven Entscheid zugunsten eines ZVGs gefällt und sich über mögliche Standorte unterhalten. Auch seien Verschiedene politische Vorstösse über den Standort eingegangen. Die aufgetretenen Verzögerungen seien bekannt. Der Entscheid sei auf zwei Projekte gefallen und der Stadtrat habe bei zwei Architektengruppen nach einer Offerte gefragt. Das Projekt Fuchs sei wieder gestrichen, das Angebot von Oskar Meier blieb als einzige Offerte. Die Offerte sei bis 31. März 2008 gültig gewesen, nun sei sie bis Oktober 2008 verlängert worden. Ursprünglich habe die Stadt nur eine Mietofferte erhalten, obwohl sie lieber eine Kaufofferte gehabt hätte. Die Reso Partners habe den Auftrag erhalten, das Projekt von Oskar Meier zu prüfen. Auch Walter Bosshard habe persönlich gehofft, dass es eine Kaufofferte gäbe. Vor drei Tagen habe man nun die Fachkommission IV über eine Offerte für Stockwerkeigentum informieren können. Die Projekt-Studie der FDP habe man in Absprache mit der Partei ebenfalls der Reso Partners übergeben. Nächsten Mittwoch werde der Stadtrat über das weitere Vorgehen befinden und den Gemeinderat über das Büro informieren. Die Fachkommission IV habe dann die Stockwerkeigentum-Offerte zu prüfen. Diese sollte bis Ostern eintreffen.

**Edith Planta** freut sich namens der EVP zum Apéro im Foyer einzuladen, um die Wahl von Stefan Schnegg zum Gemeinderatspräsidenten zu feiern.

Informationen des **Vorsitzenden**:

#### **Vom Stadtrat beantwortete parlamentarische Vorstösse**

Mit Beschluss Nr. 41 vom 13. Februar 2008 hat der Stadtrat die Anfrage von Rosa Pfister betreffend Areal ehemalige Schrebergärtenanlage Gstückt beantwortet. (Beilage 4 zum Originalprotokoll)

#### **Rechtskraft von Versammlungsbeschlüssen**

Alle Gemeinderatsbeschlüsse aus den Sitzungen vom 26. November 2007 und 17. Dezember 2007 sind rechtskräftig geworden.



## Protokoll

**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr. 10. März 2008  
Sitzung vom

### Rechtsbelehrung

**Der Vorsitzende** verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf seine ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 14. März 2008

Für die Richtigkeit:

Severine Schwarz, Ratssekretärin-Stv.

Geprüft:

Jürg Rothenberger  
abtretender Präsident

Stefan Schnegg  
neuer Präsident

Heinz Kousz  
1. Vizepräsident

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderates
- Mitglieder des Stadtrates
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung